

Frau
Mag. Sarah König, MSc
Parlamentsdirektion

NR-AUS-PETBI.Stellungnahme@parlament.gv.at

Karlheinz Kopf
Generalsekretär
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T +43 (0)5 90 900

Dr.RG/Sp
26.11.2020

Stellungnahme zu [15/PET](#) - "Die Corona-Krise darf nicht auf Kosten von Frauen gehen"

Sehr geehrte Frau Mag. König!

Wir danken für die Übermittlung der Petition. Die Pandemie und die dadurch ausgelöste wirtschaftliche und soziale Krise betrifft die gesamte Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft. Für uns als Wirtschaftskammer geht es jetzt darum, Unternehmen in dieser schweren Zeit zu unterstützen und damit Arbeitsplätze abzusichern. Wir tragen selbstverständlich auch alle Maßnahmen mit, die die Folgen der Krise sozial abfedern. Hier soll und darf kein Teil der Wirtschaft oder der Gesellschaft im Stich gelassen werden, natürlich auch und gerade nicht Frauen.

Zu den einzelnen Forderungen:

Stärkung des Sozialstaats: Wir bekennen uns zu einem starken Sozialstaat, der aber auch nachhaltig leistbar sein muss. Insbesondere treten wir für einen Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen und deren Öffnungszeiten ein.

Bewertung von Arbeit: Die Lohnpolitik ist aus gutem Grund in den Händen der Sozialpartner. Diese gewährleisten die weltweit höchste KV-Abdeckung und eine maßgeschneiderte Mindestlohnpolitik, die Kaufkraft sichert, aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit eine hohe Beschäftigung. Eingriffe der Politik oder des Gesetzgebers sehen wir daher negativ.

Stärkung sozialer Dienstleistungen: Dieses Thema wird derzeit in der ÖGK behandelt. Auf eine nachhaltige Finanzierung der ÖGK ist zu achten.

Förderung Frauen Arbeitsmarkt: Im AMS wird die überdurchschnittliche Förderung von Frauen bereits jetzt fortgeführt, obwohl anhand der AMS-Zahlen ersichtlich ist, dass infolge der Corona-Krise die Arbeitslosigkeit bei Männern etwas stärker gestiegen ist als bei Frauen.

Sofortmaßnahmen/Ausgleichszahlungen: Zusätzlich zu den zahlreichen bestehenden Sozialtransfers wurden für die Corona-Zeit weitere geschaffen, etwa der Familienhärtefonds und zusätzliche Zahlungen für Arbeitslose.

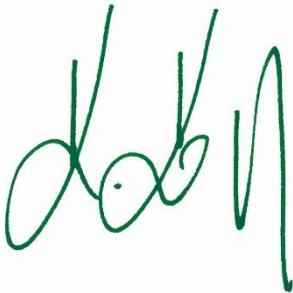
Gerechtigkeitsprüfung: Alle größeren Maßnahmen müssen eine Vielzahl von Aspekten und die betroffenen Gruppen - Nutznießer, aber auch Financiers - berücksichtigen. Die Auswirkung auf die Geschlechter ist ein wichtiger Aspekt.

Rollenbilder: Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie ihr Leben gestalten, bekennen uns aber zu einer hohen Erwerbsbeteiligung von Frauen. Daher treten wir auch für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen ein.

Ein ganz besonderes Anliegen ist uns daher die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Als Sozialpartner haben wir dazu ein eigenes [Programm](#) erarbeitet und vorgestellt, das u.a. einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung vorsieht. Zudem haben wir jüngst unter Sozialpartnern den Rechtsanspruch auf Sonderbetreuungszeit bei notwendiger Kinderbetreuung vereinbart. Darüber hinaus unterstützen wir auch etwa die aktuelle Regelung zur Freistellung von Schwangeren, die körpernahe Dienstleistungen ausführen.

Allerdings erfahren selbständige Schwangere und Mütter sowie Väter keine vergleichbare Unterstützung. Daher fordern wir hier Gleichberechtigung und hoffen gerade bei diesem Ziel auf die politische Unterstützung durch die Einbringerinnen der Petition.

Freundliche Grüße



Karlheinz Kopf
Generalsekretär